

Sozialdemokraten und Grüne haben ihren eigenen **Fahrplan** zur Sanierung der Staats- finanzen **aufgegeben**



wahlfakten.de

Fakten

Mail-Service

Archiv

was ist wahlfakten.de?

Rapid Response der CDU-Bundesgeschäftsstelle auf die Erklärungen, die Gerhard Schröder in seiner Rede auf dem SPD-Parteitag am 20. Oktober in Berlin zum Koalitionsvertrag abgegeben hat

Gerhard Schröder: „Es ist bedauerlich, dass wir danach [Kanzlerwahl] leider keine Zeit haben werden, uns ein paar Tage aufs Ohr zu legen.“

FAKT:

Dass Schröder Ruhe liebt, sieht man an seiner Politik der ruhigen Hand. Das Ergebnis einer solchen Politik:

Rezession im ersten Halbjahr

Im ersten Halbjahr des Jahres ist die Wirtschaft um 0,4 Prozent geschrumpft (Statistisches Bundesamt).

Wirtschaftsweise: kaum Wachstum; DIHK: „Schwarze Null“

Fünf der sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihrem Herbstgutachten (Veröffentlichung: 22.10.2002) ihre Voraussagen für das Wirtschaftswachstum auf nur noch 0,4 Prozent nach unten korrigiert (Frühjahrgutachten: 0,9 Prozent). 2003 soll die Wirtschaft um 1,4 Prozent zulegen (2,4). Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sieht die konjunkturelle Lage in einem Minderheitenvotum noch düsterer (Der Spiegel, 21.10.2002).

Der Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) rechnet sogar nur noch mit einer „schwarzen Null“ (Die Welt, 17.10.2002). Nach der Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) hat die Konjunktur in den letzten Monaten abermals einen Rückschlag erlitten. Im Herbst 2002 ist die Stimmung in den Unternehmen danach auf einem neuen Tiefpunkt angelangt.

Indizes weiter gesunken

Der ifo-Geschäftsklimaindex (September) und der ZEW-Konjunkturindex (Oktober) sind entgegen den Erwartungen weiter gesunken.

Gerhard Schröder: „Das, was Peter Hartz mit seiner Kommission vorgelegt hat, ist wirklich Modernisierung auf dem Arbeitsmarkt, ohne sozialen Zusammenhalt aufzugeben. Etwas, das in Europa sein Beispiel noch sucht.“

FAKT:

„Einstieg in Staatskapitalismus“

Der Berliner Wirtschaftswissenschaftler Kai Konrad warnt eindringlich vor den Folgen der Umsetzung des Hartz-Konzeptes insbesondere im Bereich der Personal-Service-Agenturen: „In der neuen Form der Arbeitslosenverwaltung, wie sie im Hartz-Bericht steht, liegt eine große Gefahr. Das alles wird dann eine enorme Eigendynamik entwickeln, die kontraproduktiv ist. Letztlich ist das der Einstieg in Staatskapitalismus.“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20.10.2002)

IAB: Effekt kaum zu erreichen

Selbst das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zieht die Wirkungen des Hartz-Konzeptes deutlich in Zweifel: „Die Vorschläge der Kommission setzen überwiegend auf arbeitsmarktpolitische Instrumente wie die Verbesserung von Vermittlungs- und Beschäftigungsfähigkeit. Nur teilweise zielen sie auf die Veränderung von

Rahmenbedingungen, die die Nachfrage oder das Angebot am Arbeitsmarkt betreffen. Ohne die anderen Elemente sind die intendierten Effekte in absehbarer Frist kaum zu erreichen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen laufen sogar weitgehend ins Leere. Eine Beispielrechnung zeigt, dass selbst unter günstigen Voraussetzungen der daraus resultierende gesamtwirtschaftliche Beschäftigungseffekt allenfalls eine Größenordnung von 120.000 Personen erreichen kann.“

Gerhard Schröder: „Ich habe über den Schwerpunkt Kinderbetreuung in unserem Koalitionsvertrag geredet. Ich will auch an dieser Stelle noch einmal unterstreichen, dass wir den Verantwortlichen in den Ländern in den nächsten vier Jahren jährlich eine Milliarde Euro für den Ausbau der Ganztagsbetreuung zur Verfügung stellen wollen und werden. Das ist gerechnet, das ist keine Utopie.“

FAKT:

Schaumschlägerei

Die verkündeten 4 Mrd. Euro zum Ausbau jeder 4. Schule zur Ganztagschule entsprechen einer Förderung von 100.000 Euro pro Jahr und Schule, und zwar nur für 4 Jahre. Beim Ausbau einer Schule zu einer Ganztagschule gehen Fachleute von Mehrkosten in Höhe von 30% aus.

CDU-regierte Länder vorbildlich

In Baden-Württemberg gibt es 6,8 % Ganztagschulen. Dagegen sieht es im SPD-regierten Norden düster aus: Bremen: 0,7 % Ganztagschulen, Schleswig-Holstein: 1,3 %

und in Schröders Niedersachsen: 3,0%. Dies zeigt: Ganztagschule war für den Ministerpräsidenten Schröder nie ein Thema (Kultusministerkonferenz).

Gerhard Schröder: „Das transatlantische Bündnis steht für uns nicht in Frage. Und entgegen dem, was man uns unterschieben will, es ist fest verankert bei uns. Und sowohl im Verstand als auch im Gefühl.“

FAKT:

„Deutschlands Rolle in der internationalen Politik verspielt“

„Schröder hat Deutschlands Rolle in der internationalen Politik verspielt. *Wie tief ist der Schaden?* Sehr tief. Ich habe niemals erlebt, dass das Verhältnis zu einem engen Verbündeten so schnell und so schwer beschädigt worden ist wie durch den Wahlkampf von Bundeskanzler Gerhard Schröder.“ (Richard Perle, Chef des US-Beraterremiums Defense Policy Board, Handelsblatt, 2.10.2002)

„Das Gift wirkt weiter. Daher hat Schröder mit seinen Wahlkampftönen das Gegenteil des möglicherweise Gewünschten erreicht: Statt den Einfluss Berlins zu mehren, hat Schröder sein Land lediglich isoliert.“ (The Washington Post, 14.10.2002)

„Es gibt einen „gewissen Zweifel an der Enge der Beziehung“ (der amerikanische Botschafter in Deutschland, Daniel Coats, über die deutsch-amerikanischen Beziehungen, Die Welt, 4.9.2002).

Offener Brief des Wall Street Journal Europe an Gerhard Schröder, 13.9.2002 (Übersetzung: Bundespresseamt): “Sie ha-

ben Deutschlands wichtigste Interessen für Ihre eigenen aufgegeben. Kein Regierungschef der Nachkriegszeit hat Amerika jemals so nonchalant die Freundschaft entzogen. Gehen Sie nicht zu weit. Amerika wird Ihnen nicht verzeihen. Die Geschichte auch nicht.“

„Rückfall in die Zwergenrolle“

„Deutschland hat sich in einer entscheidenden Lage aus der Weltpolitik abgemeldet. Deutschland steht beiseite – ein selbstgewählter Rückfall in die weltpolitische Zwergenrolle. Wer nicht mitgestaltet kann nichts verhindern. Schröder und Fischer wissen genau, dass der vom Kanzler propagierte deutsche Weg für die Frage ‘Krieg oder Frieden’ völlig irrelevant ist. Mit der Angst der Leute zu spielen, mag für Rot-Grün wahlkampfaktischen Gewinn abwerfen. Die Rechnung für das zerbrochene außenpolitische Porzellan wird das ganze Land bezahlen müssen.“ (FAZ, 14.09.2002)

Gerhard Schröder: „Wir müssen Schritt für Schritt unser Versprechen einlösen, dass niemand von der Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen wird, das ist unsere Aufgabe.“

FAKT:

Ausbildungssituation hat sich unter Schröder verschlechtert

Zum Abschluss des Ausbildungsjahres haben bis zum September 2002 knapp 23.400 Jugendliche noch keinen Ausbildungsplatz gefunden. Das waren fast 3.000 (14,3 Prozent) mehr als im September 2002. Gleichzeit ist die Zahl der noch unbesetzten Aus-

bildungsplätze um 6.500 (26,6 Prozent) gesunken (Bundesanstalt für Arbeit).

Jugendarbeitslosigkeit steigt

Auch die Jugendarbeitslosigkeit steigt: Im September 2002 waren in Deutschland über 512.000 junge Menschen (unter 25 Jahren) arbeitslos, über 41.000 (8,8 Prozent) mehr als im Vorjahr und rund 13.000 mehr als im August 1998 (Bundesanstalt für Arbeit).

In Unions-regierten Ländern geringere Jugendarbeitslosigkeit

In den Unions-regierten Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Hessen war die Jugendarbeitslosigkeit (unter 25 Jahre) mit 5,8 Prozent, 6,3 Prozent und 6,9 Prozent auch im September am geringsten. Zum Vergleich: In Niedersachsen lag sie bei 8,9 Prozent und in Nordrhein-Westfalen bei 9,2 Prozent.

Gerhard Schröder: „Es sind die Frauen in diesem Land, die Hoffnungen auf unsere Politik setzen. Sie vor allem werden wir nicht enttäuschen.“

FAKT:

Frauen wurden benachteiligt

Die Rentenreform Riesters benachteiligt vor allem Frauen. Auch die Streichung des Haushaltsfreibetrages für Alleinerziehende trifft sie besonders. In der SPD haben Frauen schon lange keine Chance mehr: Alle führenden Partei- und Staatsämter sind mit Männern besetzt. Geringschätzig sprach Gerhard Schröder einmal von „Frauen und

das ganze andere Gedöns“ (Tagesspiegel, 15.10.1998). Alice Schwarzer, Feministin der ersten Stunde: „Es scheint, als war die Frauenfrage nie so nebensächlich, wie in der aktuellen Regierung“ (dpa, 17.1.2001).

Frauen werden weiter benachteiligt

Mit der Koalitionsvereinbarung setzt Rot-Grün falsche Signale in der Frauenpolitik. Es ist zu befürchten, dass auch die kommenden Regierungsjahre von Rot-Grün frauenpolitischen Stillstand bedeuten.

Die Koalitionsvereinbarung macht deutlich, dass Rot-Grün Frauen vorschreiben will, wie sie leben sollen. Das ausschließliche Ideal der erwerbstätigen Frau wird gepflegt, Familienfrauen kommen im rot-grünen Weltbild nicht vor. Die daraus folgenden Ungerechtigkeiten für Frauen bei der Rente bleiben unausgeräumt.

Gerhard Schröder: „Sie alle haben uns Ihre Stimme gegeben für eine Konsolidierung der Staatshaushalte mit Augenmaß. Und mit Augenmaß heißt, dass wir diese Konsolidierungspolitik fortsetzen, aber uns die notwendige Flexibilität erkämpfen und erwerben, um konjunkturgerecht Konsolidierungspolitik zu machen.“

FAKT:

Zweithöchster Schuldenstand in der Geschichte der Bundesrepublik

Die Regierung Schröder wird nach Erwartungen des SPD-Haushaltssprechers Hans Georg Wagner (Süddeutsche Zeitung, 18.10.2002) bis Ende des Jahres 16,5 Mrd.

Euro zusätzliche Schulden aufnehmen. Zusammen mit der ohnehin geplanten Nettokreditaufnahme in Höhe von 21,1 Mrd. Euro läge die Verschuldung des Bundes in diesem Jahr damit bei 37,6 Mrd. Euro. Das wäre der zweithöchste Stand in der Geschichte der Bundesrepublik.

Verstoß gegen das Grundgesetz

Damit verstößt Rot-Grün gegen das Grundgesetz. In dessen Artikel 115 ist festgelegt, dass die Schulden des Bundes die Summe der Investitionen im Bundeshaushalt nur zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts übersteigen dürfen. Für 2002 sind nach dem aktuellen Finanzplan des Bundes nur 28,2 Mrd. Euro Investitionen vorgesehen.

Europäischen Stabilitätspakt verletzt

Bundesfinanzminister Eichel hatte vor der Wahl stets beteuert, die Verschuldung unter der im Europäischen Stabilitätspakt vorgeschriebenen Grenze von drei Prozent halten zu können: „Wir werden die Maastricht-Kriterien einhalten.“ Nach der Wahl gibt er plötzlich zu: „Es wird uns nicht gelingen, unter der Drei-Prozent-Defizit-Grenze beim Defizit zu bleiben“ (Die Welt, 17.10.2002).

Die EU-Kommission wird daher voraussichtlich am 25.10.2002 ein Defizitverfahren gegen Deutschland einleiten. Bundesbank-Vorstandsmitglied Hans Reckers: „Solide öffentliche Finanzen sind für die Stabilität des Euro sehr wichtig. Der Verstoß gegen die Drei-Prozent-Grenze ist sehr schlimm.“

„Das Sparmärchen“

„Das Spar-Märchen. Rot-Grün weicht Eichels Konsolidierungskurs auf.“ (Süd-

deutsche Zeitung, 14.10.2002) „Alles in allem nützt alles Schönreden nichts: Die Bundesregierung hat den harten Kurs einer strengen Haushaltskonsolidierung weich gespült.“ (Thomas Straubhaar, Leiter des HWWA)

„Der Koalitionsvertrag hat sicher etliche Titulierungen verdient, aber nicht die eines Sparpakets. Die Finanzpolitik des Bundes hat gerade hinsichtlich der Schuldenpolitik stark an Glaubwürdigkeit eingebüßt, das Kartell der Schuldenmacher zu Lasten künftiger Generationen in Europa wird immer größer.“ (Bund der Steuerzahler, 15. 10. 2002)

„Es gab noch bis vor wenigen Tagen die Hoffnung, dass der alte und neue Finanzminister Eichel es schaffen würde, im Jahr 2004 einen Haushalt vorzulegen, der ohne neue Schulden auskommt. Diese Hoffnung ist nach den Koalitionsverhandlungen zerstoßen. Sozialdemokraten und Grüne haben ihren eigenen Fahrplan zur Sanierung der Staatsfinanzen aufgegeben.“ (Stuttgarter Zeitung, 15.10.2002)

Gerhard Schröder: „Wir haben einen klaren Auftrag von den Menschen in den Städten und auf dem Land, von den jungen Menschen mit Kindern, von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.“

FAKT:

Die Rot-Grüne Politik wird vor allem Familien mit Kindern belasten. Die drastischsten Maßnahmen:

- Anhebung der Mehrwertsteuer von 7 auf 16 % auf zahlreiche Konsumgüter.
- Anhebung der Erdgassteuer von 3,5 auf 5,8

Euro pro Megawattstunde: Die 16,8 Millionen Vier-Personen-Haushalte zahlen rund 60 Euro im Jahr mehr.

- Steigerung des Rentenbeitrages auf 19,3 % des Bruttolohnes: Wer 3.000 Euro im Monat verdient, muss 72 Euro pro Jahr mehr zahlen.
- Anhebung des Krankenversicherungsbeitrages auf voraussichtlich 14,5 %. Mehrbelastung: etwa 180 Euro im Jahr.
- Einschränkung der Eigenheimförderung: Rund 13.500 Euro Mehrbelastung für eine 4köpfige Familie in 8 Jahren
- Erhöhung der Staatsverschuldung um weitere 2,5 Milliarden Euro im Jahr 2003.

So urteilt die Presse:

- „Jetzt nehmen sie uns richtig aus!“ „Rot-Grüner Ehevertrag ganz schön teuer für uns alle“ (Bild-Zeitung, 15. u. 17.10.2002) ■ „Die Koalition bittet zur Kasse.“ (Handelsblatt, 16.10.2002) ■ „Steuerchaos in der Koalition“ (Süddeutsche Zeitung, 17.10.2002)
- „Der frühere bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauss sagte einmal über die Sozialdemokraten: „Eher legt sich ein Bernhardiner einen Wurstvorrat an, als dass ein Sozi mit Geld umgehen kann.“ In Sachen Spekulationssteuer tun die Sozialdemokraten derzeit alles, um diesen Vergleich wieder einmal in Erinnerung zu rufen.“ (Süddeutsche Zeitung, 17.10.2002)

„Was wir brauchen, ist erstens eine durchschaubare Steuersystem. Was wir brauchen, ist zweitens eine nachhaltige Sozialversicherung. Und was wir brauchen, ist drittens ein Abbau der Schulden. Die Beschlüsse haben uns keinem dieser Ziele nähergebracht. Stattdessen werden uns Steuererhöhungen als Sparmaßnahmen beziehungsweise als Subventionsabbau verkauft.“ (WDR, 15.10.2002)

Versprochen – Gebrochen

Vor der Wahl hatten Schröder und Eichel Steuererhöhungen stets ausgeschlossen:

Gerhard Schröder: „Es wird keine Steuererhöhungen geben.“ (Bild-Zeitung, 1.10.2002)

„Steuererhöhungen sind in der jetzigen konjunkturellen Situation ökonomisch unsinnig, und deswegen ziehen wir sie auch nicht in Betracht.“ (ARD, 26.7.2002)

Hans Eichel: *Schließen Sie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Öko-steuer aus?* Eichel: „Es wird keine Steuererhöhungen geben. Die Steuerbelastung wird nicht steigen, sondern sinken.“ (Handelsblatt, 15. 4. 2002)

Sind da Steuererhöhungen auch eine Möglichkeit? Eichel: „Im Gegenteil. Wir machen die größte Steuersenkung, die es in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Wir reduzieren 2003 und 2005 die Steuern, wir planen keine Erhöhungen.“ (Weserkurier, 19. 6. 2002)

Wird es Steuererhöhungen nach der Wahl geben? Eichel: Nein. Im Gegenteil: Wir haben Steuersenkungen für die Jahre 2003 und 2005 per Gesetz festgelegt. Planungen für eine Steuererhöhung gibt es nicht.“ (Berliner Zeitung, 15. 8. 2002)

„Ich führe keine Debatte über Steuererhöhungen und bin dagegen, an Steuersätzen zu drehen.“ (SZ, 30. 9. 2002)

Das sagen die Experten:

„Maximales Programm zur Demotivation der Leistungsträger unserer Gesellschaft.“ (Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Tagesspiegel, 18.10.2002)

„Unter dem Gesichtspunkt des verfassungsrechtlichen Rückwirkungsverbots ist das problematisch.“ (Heinz-Jürgen Peters,

Pressereferent des Bundesfinanzhofes, zur Ausweitung der Besteuerung von Aktiengewinnen, Financial Times Deutschland, 17. 10.2002)

„Was die Regierung da vorhat, ist verfassungswidrig.“ (Joachim Lang, Kölner Professor für Steuerrecht, zur Ausweitung der Besteuerung von Aktiengewinnen, Financial Times Deutschland, 17.10.2002)

Gerhard Schröder: „Politische Themen sind auf die Agenda gebracht worden, in denen wir beweisen konnten, dass wir es sind, die die richtigeren Antworten auf die Probleme unserer Zeit habe. Das war das Entscheidende und das wird das Entscheidende bleiben.“

FAKT:

Dass Schröder keine richtigen Antworten auf die Probleme unserer Zeit hat, zeigt seine schlechte Gesamtbilanz in vier Jahren Regierungszeit:

Steigende Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist seit Dezember 2000 saisonbereinigt von 3,781 Mio. auf 4,098 Mio. Personen im September 2002 angestiegen. Das waren 206.000 Arbeitslose mehr als im Vorjahresmonat (Bundesanstalt für Arbeit).

Gesundheitssystem marode

Unter der Regierung Schröder rutschten die Finanzen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) immer mehr ins Defizit: Gab es noch 1997 ein Polster von 0,86 Mrd. Euro, fehlten im Jahr 2001 2,9 Mrd. Euro. Im

ersten Halbjahr 2002 waren es schon 2,4 Mrd. Euro. Der durchschnittliche Krankenkassenbeitrag in der GKV (zurzeit 14,0 Prozent des Bruttolohns, Bundesgesundheitsministerium), droht im nächsten Jahr aufgrund eines neuen Ausgabenrekords der Kassen auf 14,5 Prozent anzusteigen (Der Spiegel, 15.7.2002).

Rentenbeiträge steigen

Trotz etwa 5,4 Mrd. Euro Mehreinnahmen durch die abermalige Anhebung der Ökosteuer wird der Rentenbeitragssatz 2003 auf 19,3 Prozent ansteigen. Auch die Lohnnebenkosten werden dadurch weiter steigen. Der drohende Anstieg auf 19,8 Prozent wird nur dann vermieden werden, wenn die Beitragsbemessungsgrenze auf 5.100 Euro angehoben (entspricht 0,1 Prozentpunkten des Rentenbeitragssatzes) und die eiserne Reserve der Rentenversicherung („Schwankungsreserve“) von 80 bis 60 Prozent gesenkt wird (0,2 Prozentpunkte). Letzteres wird nach Befürchtung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) dazu führen, dass die Rentenkasse bereits im Herbst 2003 in Zahlungsschwierigkeiten kommt. (Tagesspiegel, 19.10.2002)

Steigende Abgabenlast

Die Abgabenlast steigt und ist so hoch wie selten zuvor. 56 Prozent des Jahres arbeitet jeder Steuerzahler ausschließlich für den Staat. Nur 1999 und 2000 lag die Abga-

benlast noch höher, 1998 betrug sie nur 55,1 Prozent. (Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler)

Gerhard Schröder: „Uns haben sehr viele Künstlerinnen und Künstler unterstützt, Kulturschaffende in allen Gebieten unserer Kultur, die uns geholfen haben, die uns vertrauen und die wir weder enttäuschen dürfen noch enttäuschen werden.“

FAKT:

Kunst- und Kultursponsoring wird verschlechtert

Rot-Grün will für Kapitalgesellschaften die Möglichkeit streichen, gemeinnützige Spenden abzusetzen. Das wird in besonderen Maße das Kunst- und Kultursponsoring treffen.

Wissenschaft, Kunst, Kultur und Sozialwesen wurden in den vergangenen Jahren wegen zunehmender Haushaltsknappheit der öffentlichen Kassen auf das Einwerben von Spenden und Stiftungsmitteln verwiesen. Die Bundesregierung hatte dies in der 14. Legislaturperiode gerade verbessert, um diese Möglichkeiten auszubauen und zu erweitern.

Da der größte Teil der mäzenatischen Spenden von Unternehmen und nicht von Privatpersonen stammt, ist vollends unverständlich, in dieser Situation den Spendenabzug für Unternehmen gesetzlich zu versagen.